

elle Enthaltensamkeit für Homosexuelle die gebotene und angemessenste Lebensform. Immer schwieriger aber läßt sich vermitteln, daß in dieser Verpflichtung zu sexueller Abstinenz nicht letztlich doch eine Art Diskriminierung Homophiler durch die Kirche zum Ausdruck kommt.

Den katholischen Bischöfen sollte aber auch die bereits in vollem Gang befindliche Diskussion in den evangelischen Landeskirchen zu denken geben. Diese zeigt, daß das Thema ohnehin nicht mehr lange unter der Decke gehalten werden kann. Mit Verspätung von ein, zwei Jahrzehnten ist nun auch in der Kirche ein neues Auftreten der „Betroffenen“, der homosexuellen Priester und Ordensleute selbst zumindest in Ansätzen erkennbar. Vernetzungen finden statt, Betroffenenengruppen haben sich, wenn auch erst heimlich, in einigen Diözesen gebildet. Künftige homosexuelle Novizen und Priesteramtskandidaten finden in einem sich langsam in puncto Homosexualität wandelnden gesellschaftlichen Klima durchschnittlich früher zu einem selbstbewußteren Auftreten als ihre Vorgänger. Damit bestehen doch aber gute Chancen, für eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem Thema, in der die wichtigste Voraussetzung überhaupt gewährleistet ist: Es muß nicht nur über die, sondern kann auch mit den „Betroffenen“ selbst gesprochen werden. fo

Realistischer

Was an den Kommentaren zur Welternährungskonferenz auffiel

Welternährungsgipfel. Vertreter von 186 Staaten debattieren im November in Rom vier Tage lang über Unterernährung in der Welt, in der ein beispielloser Wohlstand herrscht, in der aber ungefähr jeder fünfte Bewohner nicht das Nötigste zum Leben hat. Reden über Stunden, die meisten davon

zum Fenster hinaus. Ein vorweg festgelegter Aktionsplan mit dem hochgesteckten Ziel, bis zum Jahre 2015 die Zahl der Hungernden durch gezielte, weltweite Verbesserung der Ernährungslage, durch Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, durch Abbau von Markthemmnissen, Beseitigung unsozialer und zugleich unwirtschaftlicher Verteilungsmechanismen „zu halbieren“.

Ein Aktionsplan mit lauter richtigen und in sich schlüssigen Zielen und Wegen, aber alles ohne Bindewirkung für die beteiligten und betroffenen Staaten. Dazu eine feierliche Erklärung, die als eine Art Kompression allen guten Willens vieles sagt, aber zu nichts verpflichtet. Und zu guter Letzt dann noch, alles Verlautbarte weit übertönend, Kubas *Fidel Castro* als Starredner; von der Großversammlung gefeiert wie kein anderer, allerdings wohl auch, um sich an den Amerikanern, die auch in Rom ihre Agrarlobby zu schützen wußten, wenigstens symbolisch ein wenig zu rächen, da sie mit ihrer Freund und Feind aufgezwungenen Blockadepolitik gegenüber Kuba geradezu atavistische Rachegefühle an den Tag legen.

Ein bizarrer Vorgang dennoch. Man wird Kuba, nach dem Ende der großen Sowjetunion in der Welt ziemlich allein dastehend, schon wegen der prekären Lage im eigenen Lande für alles eher denn als ein Modell für die Überwindung von Hunger und Unterernährung der Dritten Welt ansehen können.

Reden also und Spektakel und sonst nichts? Nur eine der vielen Großkonferenzen, die sich im Nachweis der Existenzberechtigung der veranstaltenden Institutionen, in diesem Falle der in Rom ansässigen FAO, der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen, erschöpfen? Konferenzen, die die Übel zwar benennen, sie zumindest ins öffentliche Gedächtnis rufen, aber nichts an ihnen ändern?

Natürlich ist von einem solchen Weltgipfel operativ nichts oder sehr wenig zu erwarten. Und über das Verhältnis von Aufwand und Wirkung läßt sich trefflich streiten, auch wenn die durch die Konferenz geweckte weltweite

Aufmerksamkeit für das nach wie vor härteste aller Weltprobleme bereits für sich genommen hilfreich ist.

Wichtiger als die Konferenz selbst und die für die von der Konferenz bezweckte Bewußtseinsbildung waren die vielen Begleitkommentare, die ganz überwiegend eine bemerkenswert realistische Einschätzung der Wege, Mittel und Hindernisse der Hungerbekämpfung an den Tag legten, ohne in die bei solchen Anlässen übliche resignative Stimmung zu verfallen.

Drei Gesichtspunkte wurden in der Kommentierung vor allen anderen herausgestellt, alle drei unter der gemeinsamen Überschrift: Hunger und Unterernährung trotz der begrenzten Ressourcen sind kein für alle Zeit unabwendbares Schicksal. Ihre Bekämpfung hängt vom politischen Willen ab; aber nichts ist schwerer, als diesen im Sinne des Ziels zu mobilisieren und zu koordinieren, zumal es weithin noch an der nötigen Einsicht dafür fehlt.

Erster Punkt: Eine Verbesserung der Ernährungslage in Ländern, in denen Hunger herrscht, setzt die Entwicklung einheimischer regionaler Märkte für agrarische Produkte voraus. Diese einheimischen Produkte und Märkte werden um ihre Chance gebracht, wenn Industrieländer zum Beispiel über die EU ihre landwirtschaftlichen Produkte zu Dumpingpreisen in Dritte-Welt-Ländern absetzen.

Der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern wird durch solches Marktverhalten in den Industrieländern wesentlich mehr geschadet als durch den Altkleiderexport von Europa der afrikanischen Textilindustrie (vgl. *Gerhard Schröder*, Kleider machen arme Leute, in: „Das Parlament“, 8.11.96). Ganz abgesehen von der marktkonstitutionellen Benachteiligung einheimischer Produkte wirkt sich solches Dumping für sich schonentwicklungshemmend aus, weil damit der notwendige Anreiz zur Selbsthilfe entfällt.

Zweiter Punkt: Trotz eines gerüttelten Maßes an Mitschuld der Industriestaaten an der Ernährungslage in vielen Entwicklungsländern liegt der Schlüssel zur Behebung der Not *in den*

Entwicklungsländern selbst. Stammeskämpfe, Korruption, Mangel an Mitwirkungsmöglichkeiten breiter Bevölkerungsschichten, Ausbeutung der Ressourcen zur persönlichen Bereicherung der politischen Führungseliten sind und bleiben eine der Hauptursachen des Hungers. „Wo Despoten herrschen, Kriege wüten und die Gesellschaft zerfällt, kann Hunger nicht mit einer Ausweitung der bebaubaren Flächen, einer Erhöhung der Hektarerträge oder den Ausbau von Bewässerungsanlagen bekämpft werden“ (Klaus Leisinger in „Die Zeit“, 8.11.96). Dritter Punkt: Der Ausbau der *Landwirtschaft*, die Entwicklung zweckentsprechender Infrastrukturen für Produktion und Vermarktung in der Dritten Welt wurde bislang von vielen Entwicklungsländern selbst sträflich vernachlässigt und von den Industrieländern nicht ausreichend gefördert. Man gab der industriellen Entwicklung den Vorzug. Wo man auf die Landwirtschaft setzte und der nötige politische Wille dafür vorhanden war, ergaben sich damit durchwegs auch bessere Voraussetzungen für den industriellen Aufstieg. Die asiatischen Schwellenländer liefern dafür gute Beispiele.

Alle diese „Erkenntnisse“ sind uralte und jedem zugänglich, der sich ihnen nicht willentlich verschließt. Aber ihre übereinstimmende Betonung jetzt zeigt, daß Realismus in der Einschätzung des Problems im Wachsen ist. Im übrigen: Es ist schon angesichts der explosiven Bevölkerungsentwicklung in vielen Dritte-Welt-Ländern, die mindestens so sehr Folge von Armut wie Ursache von Armut und Hunger ist, ziemlich illusorisch zu meinen, der endgültige Sieg über den Hunger ließe sich in berechenbarer Zeit erreichen.

Aber immerhin übertreffen die Länder mit abnehmender die Zahl derer mit zunehmender Unterernährung. Es zeigt sich, daß – der entsprechende Durchsetzungswille vorausgesetzt – selbst ärmste Länder Afrikas (Beispiel: Tansania) deutliche Fortschritte machen, während Länder mit dezidiert „neoliberalen“ Marktwirtschaft (Beispiele in Lateinamerika: Chile und Peru) zurückfallen. se

Kirchen: Warten auf das Sozialwort

Im Frühjahr dieses Jahres soll das gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland veröffentlicht werden. EKD-Synode und Bischofskonferenz haben Ende 1996 die Richtung für letzte Redaktionsarbeiten und eine weitere Redaktionsgruppe bestimmt.

An sich ist der hohe Erwartungsdruck, unter dem die verschiedenen Entwürfe des gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland entstehen und schon entstanden sind, erfreulich und selbst schon Teil der Erfolgsgeschichte des für beide Kirchen völlig neuen Unterfangens: Gleich ob es sich um Denkschriften der EKD, um Stellungnahmen aus deren „Kammern“ oder Hirtenbriefe der katholischen Bischöfe handelte, nie zuvor war der Veröffentlichung eines offiziellen kirchlichen Dokuments in Deutschland eine Konsultationsphase vorgelagert. Nie zuvor wurde ein solches Wort unter dem skeptischen Blick einer so breiten Öffentlichkeit und unter so reger Beteiligung kirchlicher, gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen verfaßt.

Die Erwartungen verlangen einen Spagat

Jedoch hat nicht erst die Berliner Bilanz-Veranstaltung im Februar 1996, mit der die Konsultationsphase offiziell beendet wurde (Vgl. HK, März 1996, 123 ff.), gezeigt: Das endgültige Wort der Kirchen wird diesen enormen Erwartungen von seiten der (Medien-)Öffentlichkeit, vor allem aber von seiten derer, die sich in insgesamt 2500 Eingaben und unzähligen Veranstaltungen am Konsultationsprozeß beteiligt haben, nicht gerecht werden können.

Weit liegen in den – mittlerweile auf

einer CD-ROM dokumentierten – Stellungnahmen und Eingaben die Analysen zur gegenwärtigen sozialen Situation auseinander. Klage wurde von Vertretern kirchlicher Verbände und Gruppierungen über den tiefen Riß zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft ebenso geführt wie über die fehlende Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung, das Anspruchsdenken einer Lobby- und Interessengruppengesellschaft.

Zu unterschiedlich waren auch die Meinungen darüber, welchen Charakter das Papier haben sollte, welche Rolle damit die Kirchen in der aktuellen politischen Debatte spielen sollen: Prophetischen Einspruch, offensives und in den politischen Postulaten möglichst konkretes Eintreten für Arme und Benachteiligte forderten die einen, unter ihnen viele, die im kirchlichen Auftrag mit Alleinerziehenden, Obdachlosen und Arbeitslosen arbeiten. Andere wünschten sich ein visionäres Wort in bezug auf einen künftigen neuen Gesellschaftsvertrag, Zukunftsweisendes für eine über nationale Grenzen agierende Gesellschaft, für eine neue Verständigung über Wert und Verteilung der Erwerbsarbeit in einer „postindustriellen“ Arbeitsgesellschaft. Vor allem die kirchlichen Frauenverbände und -gruppen haben hierauf während und nach der Konsultationsphase gedrängt. Andere erwarten durch die unterstellte moralische Autorität der Kirchen Unterstützung für unpopuläre politische Forderungen und Maßnahmen zum